



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Schutz der Bevölkerung sicherstellen – Prävention von großflächigen Stromausfällen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bevölkerung umfassend über die Auswirkungen eines großflächigen Stromausfalls zu informieren und diese anzuhalten, entsprechend der Empfehlungen der zuständigen Behörden Vorräte anzulegen.
2. Damit einhergehend wird die Staatsregierung aufgefordert, bei sämtlichen energiepolitischen Entscheidungen die Versorgungssicherheit als wichtigstes Kriterium heranzuziehen und alle Maßnahmen zu unterlassen, die nachweislich oder möglicherweise zu einer Gefährdung der Versorgungssicherheit führen. Dies gilt insbesondere für die Digitalisierung des Energiesystems, die mit unkalkulierbaren Risiken (z. B. durch Cyber-Angriffe) verbunden ist.
3. Abschließend wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass zu jedem Zeitpunkt ausreichend gesicherte und verfügbare Leistung im Stromnetz verfügbar ist, um die Energieversorgung zu sichern. Stilllegungen von Kraftwerken, die zu einer Unterdeckung bei gesicherter und verfügbarer Leistung führen, müssen gesetzlich verboten werden.

Begründung:

Ein großflächiger, länger andauernder Stromausfall hätte katastrophale Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung. Bereits nach kurzer Zeit würde die Versorgung der Bürger mit lebenswichtigen Gütern zusammenbrechen, ein Kollaps der öffentlichen Ordnung wäre die unmittelbare Folge. Die Digitalisierung des Energiesystems birgt nach Ansicht der Antragsteller unkalkulierbare Risiken für die Sicherheit der Stromversorgung im europäischen Verbundnetz (z. B. durch Cyber-Angriffe). Auch der Seitens der Bundesregierung (mit Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung) forcierte Abbau von gesicherter Leistung durch die Abschaltung von grundlastfähigen Kraftwerken beeinträchtigt die Versorgungssicherheit erheblich. Die Antragsteller sehen deswegen den dringenden Bedarf, die Versorgungssicherheit wieder als das wesentliche Kriterium für energiepolitische Entscheidungen heranzuziehen. Dies ist nach Ansicht der Antragsteller bei Bundes- sowie Staatsregierung bislang nicht feststellbar, was zu einer zunehmenden Gefährdung der Energieversorgung führt. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stellt fest, dass großflächige Stromausfälle auch in Deutschland möglich sind. Die Behörde spricht in diesem Zusammenhang die Empfehlung aus, dass sich alle Haushalte in Deutschland auf ein derartiges Szenario vorbereiten und z. B. Vorräte anlegen sollen (https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Broschueren_Flyer/Buergerinformationen_A4/Stromaus-

[fall_Vorsorge_und_Selbsthilfe.pdf?_blob=publicationFile](#)). Auch das Staatsministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten empfiehlt mittlerweile eine entsprechende Vorratshaltung für die gesamte Bevölkerung (<https://www.stmelf.bayern.de/ernaehrung/021754/index.php>). Da diese Empfehlungen den Bürgern weitestgehend unbekannt sind, muss die Staatsregierung mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne ein entsprechendes Bewusstsein in der Bevölkerung schaffen. Kurz gesagt: Der Freistaat Bayern ist nicht auf die verheerenden Auswirkungen eines großflächigen Stromausfalls vorbereitet. Die Staatsregierung muss hier umgehend Abhilfe schaffen.